



WOCHENRÜCKBLICK



Bundestagsverkleinerung muss kommen!

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt aktuell über die Wahlrechtsreform, die im vergangenen Jahr durch den Bundestag beschlossen wurde und zu einer Verkleinerung des Bundestages führen soll.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, macht deutlich, dass ein Urteil die Verkleinerung des Deutschen Bundestages nicht verhindern dürfe.

„Der Deutsche Bundestag hat mit aktuell 734 Abgeordneten Rekordausmaße angenommen und verschlingt Rekordsummen. Das Verständnis der Bürger ist gleich null. Es braucht also eine verfassungskonforme Lösung. Einen solchen Vorschlag hat die AfD längst vorgelegt: eine einfache Zustimmung zu unserem Gesetz hätte uns die Verzögerung erspart. Es scheint, als ob die Altparteien mit Absicht die Verkleinerung auf die lange Bank schieben wollen, um ihre Pfründe auch weiterhin zu sichern.“



Stephan Brandner



Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften abschaffen!

Deutschlands Staatsanwälte sind gegenüber den Justizministern weisungsgebunden und in eine hierarchische Ordnung eingegliedert. Das Bundesministerium der Justiz möchte an dieser Weisungsgebundenheit nichts grundsätzlich ändern, sondern stattdessen eine Transparenzregelung einführen. Dazu gibt es nun einen Referentenentwurf des Justizministeriums.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Stephan Brandner, macht deutlich, dass die Weisungsgebundenheit an sich einen großen Schatten auf den Rechtsstaat wirft und auch Transparenzregelungen, die einem Feigenblatt gleichen, daran nichts ändern würden:

„Die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaften muss grundsätzlich abgeschafft werden. Transparenzregelungen sind an sich eine Selbstverständlichkeit. Diese sind nicht nur zwischen Justizminister und Staatsanwälten zwingend, sondern grundsätzlich zwischen den Gewalten. Einen entsprechenden Antrag legt die AfD-Fraktion vor.“

Der rechtspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Tobias Matthias Peterka, ergänzt:

„Der Europäische Gerichtshof hatte bereits 2019 unter Hinweis auf das externe Weisungsrecht den deutschen Staatsanwaltschaften die Befugnis abgesprochen, einen Europäischen Haftbefehl auszustellen, da sie mangels Unabhängigkeit keine Justizbehörden seien. In einer weiteren Entscheidung hatte der EuGH mit der gleichen Begründung den deutschen Generalstaatsanwaltschaften die Anerkennung als vollstreckende Justizbehörde versagt. Das BMJ ist daher seit Jahren aufgefordert, das externe Weisungsrecht gegenüber der Staatsanwaltschaft abzuschaffen.“



Aktuelle Videos



Das Ergebnis eines perversen Marsches durch die Institutionen



Was sagen Sie den Angehörigen der Impftoten?



Islamisten an unseren Schulen?
5 Fragen - 5 Antworten



Hier haben Impflamisten regiert!



STEPHAN BRANDNER

Plenarwochenimpressionen



Gesprächsrunde beim Thüringer Bauernverband



Interview mit ARD



Informationsabend Luft- und Raumfahrt



Plenum Schlussdienst



Neue Arbeitskleidung im Arbeitskreis ;-)



Rückblick auf die Plenarwoche: Mittwoch 24. April

Befragung der Bundesregierung - Bundesminister für Gesundheit

Stephan Brandner fragte am Mittwoch Dr. Karl Lauterbach: „Coronaimpfungen sind ja Gott sei Dank kein Thema mehr. Aber die Zeit war ja mal eine andere. Herr Lauterbach, im Oktober 2021 haben Sie die Menschen in Angst und Schrecken versetzt: Innerhalb der nächsten fünf Monate werden alle geimpft, genesen oder gestorben sein. - Wir wissen inzwischen, dass das eine glatte Lüge war, die Sie da vom Stapel gelassen haben. Jetzt ist es aber so, dass wir im Nachgang der Impfung herausgefunden haben bzw. inzwischen wissen, dass an der Impfung tatsächlich sehr viele Menschen gestorben sind. Wenn auch nur ein einziger Mensch deshalb gestorben ist, weil Sie ihm eine Impfung empfohlen haben: Was sagen Sie von Angesicht zu Angesicht den Angehörigen dieses Menschen, der sich nur deshalb hat impfen lassen, weil Sie die Impfungen maßlos verharmlost haben?“

AfD-Antrag auf Einsetzung einer Enquete-Kommission Coronavirus

Der Bundestag hat am Mittwoch einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Einsetzung einer Enquete-Kommission Coronavirus – Fehleranalyse und Entwicklung besserer Handlungsansätze für künftige Pandemien“ beraten. Allein die Veröffentlichung der RKI-Protokolle macht aus Sicht der Fraktion deutlich, dass bestimmte Maßnahmen oder Verordnungen aufgrund von Fehlern oder unzureichenden wissenschaftlichen Erkenntnissen erlassen wurden. Die Institutionen hätten sich der „polit-medialen Dynamik des unmittelbaren Geschehens“ entziehen und eine „übergeordnete Perspektive“ einnehmen müssen, heißt es in dem Antrag. Ein weiteres Augenmerk richtet die Fraktion auf die Rollen, die der Deutsche Ethikrat, die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina, das Bundesverfassungsgericht und das Robert-Koch-Institut (RKI) spielten. Die fachlichen öffentlichen Äußerungen des RKI dienten der Politik bei Verschärfungen des IfSG als Legitimationsgrundlage sämtlicher Lockdown-Maßnahmen, schreiben die Abgeordneten. Die Hochstufung der Risikoeinschätzung sei das rechtliche Fundament sämtlicher Corona-Maßnahmen gewesen. Daraus folge, dass eine Aufarbeitung der Rollen der relevanten Akteure notwendig sei.

Stephan Brandner machte in seiner Rede dazu deutlich: „Es ist beschämend und erbärmlich, wie Sie sich hier wegduckten. Jahrelang haben Sie das exekutiert, was Merkel und ihr Seuchenpolitbüro aus der Ministerpräsidentenkonferenz Ihnen vorgegeben haben. Jahrelang haben Sie Notstandsgesetze verabschiedet, jahrelang den Ausnahmezustand verhängt. Jahrelang haben Sie Vorteilsnahme und Korruption geduldet. Sie sind verantwortlich für millionenfachen Verfassungsbruch, tausendfache fahrlässige, wahrscheinlich vorsätzliche Körperverletzungen und Tötungen. Sie sind verantwortlich für Korruption! Sie sind dafür verantwortlich, dass jahrelang der Impfmafia in Deutschland regiert hat mit radikalen Impfmafia an der Spitze. Deshalb wollen Sie nicht aufklären. Sie wollen vertuschen. Sie scheuen die Aufklärung wie der Teufel das Weihwasser oder wie die Grünen Berufsabschlüsse oder Universitätsabschlüsse. Sie fordern jetzt hier Stuhlkreise. Sie wollen eine Räterepublik errichten. Sie wollen eine Sowjetrepublik errichten mit Bürgerräten, die verfassungswidrig und verfassungsfeindlich sind. Das ist Ihre Absicht. Wir sagen, eine Demokratie sieht dafür einen Untersuchungsausschuss - den haben Sie abgelehnt - oder eine Enquete-Kommission vor. Und die strafrechtliche Aufarbeitung darf auch nicht zu spät kommen. Wir brauchen ein Amnestiegesetz, um diejenigen rechtlich wieder zurückzuführen, die verurteilt wurden aufgrund von Notstandsgesetzen und willkürlichen Handhabungen in der Coronapandemie. Ein Amnestiegesetz werden wir in Kürze vorlegen, meine Damen und Herren.“



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche: Donnerstag, 25. April

Aktuelle Stunde - Russland, China und die Rolle der AfD

Der Bundestag hat sich am Donnerstag mit den Verbindungen der AfD nach Russland und China befasst. Die Abgeordneten debattierten im Rahmen einer von den Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP aufgesetzten Aktuelle Stunde mit dem Titel „Bedrohung unserer Demokratie – Russland, China und die Rolle der AfD“. Anlass der Debatte war die Verhaftung eines Mitarbeiters des AfD-Europaabgeordneten Maximilian Krahl Anfang dieser Woche. Der Generalbundesanwalt wirft den inzwischen in Untersuchungshaft sitzenden Mann vor, für China im Europäischen Parlament spionierte zu haben. Für die AfD-Fraktion griff Stefan Keuter die Regierung an. Sie versuche „mit Geheimdienstunterstützung und willfährigen Medien“ die Opposition zu beschädigen. Keuter hob in seiner Rede hervor: „Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Haldenwang, äußerte, Frau Ministerin, man hätte diese Person schon lange auf dem Schirm gehabt und auf den richtigen Moment gewartet. Ist es nicht die Aufgabe des Verfassungsschutzes, die Verfassungsorgane vor Spionage zu schützen? Warum haben Sie uns nicht über angebliche Spione, die für uns arbeiten sollen, frühzeitig informiert? Warum poppt dieses Thema ausgerechnet jetzt, in Wahlkampfzeiten, auf? Das ist ein bisschen sehr durchsichtig.“

Strafbarkeit unzulässiger Interessenvertretung von Abgeordneten beschlossen

Der Bundestag hat am Donnerstag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches angenommen. Dabei geht es um die Strafbarkeit der unzulässigen Interessenvertretung. Für den Gesetzentwurf stimmten die Koalitionsfraktionen und die AfD. Die CDU/CSU-Fraktion und die Gruppe Die Linke enthielten sich.

Abgeordnete, die das Prestige ihres Mandates nutzen, um gegen Bezahlung für Dritte Einfluss auf etwa Bundesministerien auszuüben, sollen sich künftig strafbar machen. Danach drohen sowohl dem Abgeordneten als auch dem Vorteilsgeber eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder Geldstrafe. Hintergrund der Änderung ist unter anderem die sogenannte Maskenaffäre im Bundestag aus der vergangenen Wahlperiode. Einem ehemaligen Abgeordneten der CSU war vorgeworfen worden, sich gegen Provisionszahlung bei einem Bundesministerium für ein Schutzausrüstungsunternehmen eingesetzt zu haben. Gegen den Abgeordneten wurde nach Bekanntwerden des Vorganges wegen des Verdachts der Bestechlichkeit von Mandatsträgern (Paragraf 108e des Strafgesetzbuches) ermittelt. Der Bundesgerichtshof stellte aber später fest, dass das in Rede stehende Verhalten nicht unter diesen Tatbestand fällt. Davon sind laut Bundesgerichtshof nur konkrete parlamentarische Handlungen wie Abstimmungen oder Reden im Plenum umfasst. Mit dem Gesetzentwurf soll diese Strafbarkeitslücke im Strafgesetzbuch mit einem neuen Paragraphen 108f („Unzulässige Interessenvertretung“) geschlossen werden.

Stephan Brandner sagte dazu an die CDU/CSU gewandt: „Vor dem Hintergrund, dass Sie hier als Betroffene reden, wundert es mich nicht, Herr Heveling, dass Sie gleich nicht zustimmen. Da wird wahrscheinlich ein Geschäftsmodell von Ihnen und Ihren Kollegen zerstört. Das muss heute aber sein.“



STEPHAN
BRANDNER

Rückblick auf die Plenarwoche: Freitag, 26. April

Solarpaket - Neuregelung der Förderung besonderer Photovoltaikanlagen beschlossen

Der Bundestag hat am Freitag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung angenommen. Mit 384 Ja-Stimmen nahm das Parlament diesen zweiten Teil des sogenannten Solarpakets I an. Mit dem Gesetz will die Regierung, um das Ziel von 215 Gigawatt (GW) Photovoltaik bis 2030 zu erreichen, den jährlichen Zubau verdreifachen. Planung und Zubau sollen beschleunigt, bürokratieärmer und leichter werden und etwa hälftig auf Dächern und in der Fläche erfolgen.

Steffen Kotré sagte für die AfD dazu: „Die Regierung will, dass die Menschen ihren Strom selbst produzieren. Genau das ist Kennzeichen einer Mangelwirtschaft. Ich will, dass sich darum Energieunternehmen kümmern, die das wirtschaftlich vernünftig anbieten können.“ „Die Fachreferenten des Bundeswirtschaftsministeriums haben im Ausschuss klar gesagt, die Laufzeitverlängerung für die AKWs wäre sicher, wirtschaftlich und juristisch spricht auch nichts dagegen. Auf Ministerebene ist genau das Gegenteil herausgekommen. Das zeigt, wie hier Politik gemacht wird – ideologisiert und betonköpfig.“ „Die Solarenergie wird mit uns durch die Kernenergie verdrängt werden“, postuliert Kotré in seiner Rede im Plenum.

AfD-Anträge für den Ausbau der Kernenergie debattiert

Der Bundestag hat am Freitag zudem zwei Anträge mit den Titeln „Für eine kostengünstige, sichere und zukunftsfähige Energieversorgung – Kernenergie konsequent ausbauen“ und „Beitritt zur europäischen Nuklearallianz“ beraten, die die AfD-Fraktion vorgelegt hat.

Im ersten Antrag wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, alle gesetzlichen Hürden, die einer Rückkehr Deutschlands zur Kernenergie entgegenstehen, zu beseitigen und die Laufzeitbeschränkungen und Strommengen-Einspeisebegrenzungen durch Änderung des Atomgesetzes aufzuheben, um so den Betrieb dieser Anlagen zu ermöglichen. Geändert werden solle das Atomgesetz auch, um die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Schnellspaltreaktoren zu ermöglichen. Darüber hinaus solle sich die Regierung mit den Ländern verständigen, um die Wiederinbetriebnahme der Anlagen Isar 2, Emsland, Neckarwestheim II, Grohnde und Brokdorf technisch, organisatorisch und rechtlich zu ermöglichen. Zugleich solle der Rückbau der Anlagen Philippsburg 2 und Gundremmingen C gestoppt werden. Maßnahmen zur erneuten Inbetriebnahme der Anlagen sollten eruiert werden, so die Fraktion.

Im zweiten AfD-Antrag verlangen die Abgeordneten, den Beitritt zur europäischen Nuklearallianz zu beantragen. Zur Begründung heißt es, 2020 bis 2022 sei es in Deutschland noch möglich gewesen, große Mengen an Elektrizität in die europäischen Nachbarländer zu exportieren. 2023 sei das nicht mehr der Fall gewesen. Seit dem Abschalten der letzten drei verbliebenen Kernkraftwerksblöcke am 15. April 2023 importiere Deutschland Monat für Monat große Mengen an Elektrizität aus dem Ausland. Parallel dazu sind die Erlöse des Stromexportes von noch plus 420 Millionen Euro im Januar 2023 auf minus 370 Millionen Euro im Juni 2023 zurückgegangen. Der Wandel von einer Stromexportnation zu einer Stromimportnation, verbunden mit dem dazugehörigen Kapitalabfluss aus Deutschland, ist aus Sicht der AfD-Fraktion eine Folge der Abschaltung der Kernkraftwerke.



Landesparteitag Thüringen



STEPHAN BRANDNER

Kommende Termine

Alle interessierten Bürger sind herzlich willkommen!

Beiko Philipp
Landrat und Oberbürgermeister Weida

Stephan Brandner
Mitglied Bundestag, Landesparlament Thüringen, Weida

Unternehmer- und Bauernempfang Landkreis Altenburg

8. Mai 2024, 19:00 Uhr
Gartengaststätte "Ost", Münsaer Str. 84, Altenburg

AFD



Thomas Trummer
Mitglied Bundestag, Landesparlament Thüringen, Weida

Stephan Brandner
Mitglied Bundestag, Landesparlament Thüringen, Weida

Karinke Müller
Landrat und Oberbürgermeister Weida

Stephan Brandner
Mitglied Bundestag, Landesparlament Thüringen, Weida

Familienfest mit unseren kommunalen Kandidaten in Weida

18.5.2024 14:00 - 17:00 Uhr
Sammelweißpark Weida

AFD

Samstag, 11. Mai 2024
14. - 18.00 Uhr
Neustadt/Orla - Markt

AFD

Mit Gästen aus Bundestag und Landtag

Stephan Brandner
Mitglied Bundestag, Landesparlament Thüringen, Weida

Prof. Michael Kaufmann
Landrat und Oberbürgermeister Weida

Marcus Bühl
Landrat und Oberbürgermeister Weida

Rings Mühmann
Landrat und Oberbürgermeister Weida

FAMILIENFEST

MIT HUPFBÜRG, KINDERSCHMINKEN, EISWAGEN, MUSIK, GEGRILTEM & GETRÄNKE und tollen REDEN
Für jedes Kind eine blaue Eiskugel GRATIS!!

AFD Gebietsverband Saale-Orla

Politikwechsel JETZT!

GEMEINSAM auf die Straße!

Mit **Stephan Brandner MdB**, **Martin Reichardt MdB** und **Daniel Rei MdB**.

6. Mai, Markt Bitterfeld
ab 18:00 Uhr Spaziergang, 19:00 Uhr Kundgebung

WAHLKAMPF ABSCHLUSS

24. Mai 2024 | 18:00 Uhr - 20:00 Uhr
Eventfläche vor dem KuK, R.-Breitscheid-Str., Gera

Wieland Altenkirch
Kandidat im Oberbürgermeisteramt der Stadt Gera

Rainer Beckamp
Mitglied im Thüringer Bundestag

Stephan Brandner
Mitglied Bundestag, Landesparlament Thüringen, Weida

René Aust
Kandidat für das Europäische Parlament, Thüringen

Stadtverband Gera

AFD

www.afd.gera.de
info@afd-gera.de
#aufgedera

INFOMOBILTOUR der Landesgruppe Thüringen

Am 20.06.24

auf den Marktplätzen in:

- Russeuburg 11:00 - 12:00 Uhr
- Schmölln 12:30 - 13:30 Uhr
- Altenburg 14:00 - 15:00 Uhr
- Lücka 15:30 - 16:30 Uhr
- Hessenthal 17:00 - 18:00 Uhr

Stephan Brandner
Mitglied Bundestag, Landesparlament Thüringen, Weida

Prof. Dr. Michael Kaufmann
Landrat und Oberbürgermeister Weida

Kommen Sie vorbei!
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Alternative

BÜRGERDIALOG in Weida

11.07.24 | 18.30 Uhr

Bürgerhaus Weida
Neustädter Str. 2
07570 Weida

Stephan Brandner
Mitglied Bundestag, Landesparlament Thüringen, Weida

Prof. Dr. Michael Kaufmann
Landrat und Oberbürgermeister Weida

Martin Hess
Landrat und Oberbürgermeister Weida

Kommen Sie vorbei!
Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Alternative



STEPHAN BRANDNER

Die neue **KLARTEXT** ist da!

DIE NEUE KLARTEXT IST DA!

Abholbar in meinen Wahlkreisbüros



Meine neuen Infokarten von der Landesgruppe Thüringen

DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Letzte Generation verbieten!



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Die Auflösung einer Fraktion im Präsidium des Deutschen Bundestages widerspiegeln



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Keine Unterstützung von Schlepperei, Schleusungen und Menschenhandel im Mittelmeer



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Einfluss von Lobbyisten kontrollieren und eindämmen



DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:



Deutsches Institut für Menschenrechte abwickeln



INNENPOLITIK



PROBLEM:
Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten.

WANDLUNGSBEDARF:
Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten.




BUNDESTAG UND GESCHÄFTSÖRDNUNG



PROBLEM:
Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten.

WANDLUNGSBEDARF:
Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten.




INNENPOLITIK



PROBLEM:
Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten.

WANDLUNGSBEDARF:
Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten.




INNENPOLITIK



PROBLEM:
Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten.

WANDLUNGSBEDARF:
Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten.




BUNDESTAG UND GESCHÄFTSÖRDNUNG



PROBLEM:
Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten.

WANDLUNGSBEDARF:
Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, die letzten Generationen von Waffen zu verbieten.




Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
E-Post: kontakt@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Di bis Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: goessnitz@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do und Fr: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg
Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: altenburg@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Mi: 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Zeulenroda
Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
E-Post: zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda
Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
E-Post: soemmerda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda
Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
E-Post: apolda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do: 10-14 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.twitter.com/stbrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd
-  <https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPbGehEUippEJx1r>

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEFIJEN
Verwendungszweck: Stephan Brandner



Sie haben Fragen an mich?

Schnell über www.abgeordnetenwatch.de stellen und auch andere davon profitieren lassen!

www.stephan-brandner.de